

Demokratie auf Hochtouren?!

Wahlen über Wahlen stehen dieses Jahr an. Während Putin vergangene Woche seine Position in Russland festigen konnte – mit einer angeblichen Zustimmungquote von der andere nur träumen können – bleibt es in den USA fraglich, wer das Rennen macht - und wer überhaupt antreten darf. Hinzu kommen für uns die Europawahl und die Wahlen in manchen deutschen Bundesländern. Oft in der Berichterstattung vernachlässigt, aber nicht weniger wichtig, sind die vielen Wahlen in Afrika, Asien und anderen Regionen der Welt. Insgesamt ist dieses Jahr fast die Hälfte der Weltbevölkerung dazu aufgerufen, an die Wahlurne zu treten.

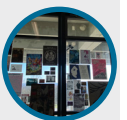
Das Superwahljahr bietet den spannenden Rahmen für diese Sonderausgabe. Wir beleuchten für Euch die Pläne der Europäischen Parteien für Hochschulen und Erasmus, geben Tipps, wo Ihr weitere Infos zu den aktuellen Wahlen findet und blicken auf das Ruhrgebiet im europäischen Kontext. Wir wünschen Euch wie immer viel Spaß beim Durchlesen.

Und vergesst nicht: Am 9. Juni ist Europawahl!

JUNGE POLITIKVERDROSSENHEIT

3

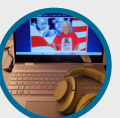
Wir sprechen mit RUB-Studi und Jung-Politikerin Audrey Dilangu über das Engagement junger Menschen in der Politik.



POLITIK LEICHT VERDAULICH

5

Zu wenig Zeit, um Texte zu lesen? Wir stellen Formate vor, die Euch das politische Weltgeschehen kompakt und audio-visuell näherbringen.



Noch so jung...

...und schon in der Politik aktiv? Immer mehr junge Menschen engagieren sich politisch. Doch welche Möglichkeiten gibt es und warum sollte man sich im jungen Alter an der Politik beteiligen?

Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte werden immer deutlicher: Klimawandel, Kriege, Rechtsextremismus sowie gesellschaftliche Missstände, die aufzeigen, dass Rassismus und Diskriminierung immer noch ein großes Problem sind. Besonders die jüngeren Generationen scheinen sich an der Politik in Deutschland zu stören. So geht aus der Shell Jugendstudie 2019 hervor, dass 71 Prozent von 2.572 befragten Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren der Meinung sind, dass die Politiker:innen kein Interesse daran zeigen würden, was sie denken – man fühle sich

nicht gehört. Doch Politik betrifft nicht nur Jung oder Alt, sondern alle Bürger:innen gleichermaßen.

Wirft man einen Blick in den Bundestag, so fällt auch auf, dass das Durchschnittsalter der Bundestags-Abgeordneten in der vergangenen Wahlperiode (auch „Legislaturperiode“ genannt) von 2017 bis 2021 bei 49,4 Jahren lag. Aktuell befinden wir uns in der 20. Wahlperiode – das aktuelle Durchschnittsalter der Abgeordneten beträgt 47,3 Jahre, 50 von insgesamt 736 Abgeordneten sind dabei unter 30 Jahre alt.

Viele der im Bundestag vertretenen Parteien haben auch dazugehörige Jugendorganisationen. Da wären unter anderem die *Grüne Jugend* (GJ) des Bündnis 90/Die Grünen, die *Jungen Liberalen* (JuLis) der FDP oder die *Arbeitsgemeinschaft der Jugendsozialist:innen* (Jusos) in der SPD. Letztere Organisation versteht sich als „linkes Korrektiv zur SPD“ und setzt sich für Feminismus sowie Internationalismus ein. Wir haben Audrey Dilangu, der Kommunalpolitikerin der SPD Dinslaken und stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, ein paar Fragen zu ihrer politischen Arbeit gestellt.



:bsz: Was genau machst Du?

Audrey: Ich bin Stadträtin für die SPD-Fraktion in Dinslaken und sitze im Stadtrat und in verschiedenen Ausschüssen und arbeite vor allem viel zu Sozial- und Migrationspolitik.

Wie lange bist Du schon politisch aktiv und was hat Dich dazu motiviert?

Audrey: Ich bin seit meinem 17. Lebensjahr parteipolitisch aktiv und im Grunde genommen haben mich meine Lebensumstände – als in Deutschland lebende Schwarze Frau – schon immer dazu gebracht, die Welt und die gesellschaftliche Anordnung politisch zu denken und zu sehen. Mit 17 Jahren habe ich mein politisches Zuhause bei den Jusos in Dinslaken gefunden – also in der politischen Jugendorganisation der SPD. Mich hat in meinen jungen Jahren vor allem ein tiefsitzendes Bedürfnis nach einer gerechteren Welt, in der alle Menschen ein gutes Leben verdienen, dazu motiviert, mich politisch zu engagieren und das wollte ich dann vor allem erstmal in meiner Kommune in Dinslaken tun.

Warum sollten sich junge Menschen in der Politik einbringen?

Ist das wichtig und wenn ja, warum?

Audrey: Auch junge Menschen sind in der Politik unterrepräsentiert. Gerade in einer Zeit, in der die Welt voller Krisen steckt und Rechte auf dem Vormarsch sind, ist es wichtig, eine politische und gesellschaftliche Brandmauer zu bilden, die auch durch die Perspektiven junger Menschen getragen wird.

Was kann man tun, wenn man sich in jungen Jahren an der Politik Deutschlands beteiligen will?

Audrey: Man kann sich auf unterschiedlichen Wegen politisch beteiligen und die eigenen Perspektiven einbringen. Ein Weg ist zum Beispiel, politische Jugendorganisationen aufzusuchen und sich mit deren Arbeit und Positionen auseinanderzusetzen und zu schauen, inwieweit diese zu den eigenen politischen Werten passen. Auch aktivistische Initiativen – wie zum Beispiel antifaschistische oder feministische Kollektive – sind Orte, an denen viel bewegt werden kann.

:Alina Nougmanov

Campus aktuell

Auf dem Campus der RUB ist wieder einiges los, wir fassen zusammen:

Trödelmarkt an der Ruhr-Uni

Am 6. April von 7 bis 14 Uhr kann in Campusnähe wieder getrödeln werden – oder besser gesagt – nach Schätzen vergangener Tage gestöbert werden. Hier findet man so ziemlich alles! Von Kleidung über Schallplatten, bis zu alten Retro-Spielsachen. Vielleicht ist ja auch für Dich ein passendes Fundstück dabei. Der Trödelmarkt befindet sich auf der Schattenbachstraße 41. Wenn Du selbst einen Stand anmelden möchtest, kannst Du unter 02151-6591717 anrufen oder Dich per E-Mail an info@hoefges.com melden.

Literaturrecherche für Einsteiger:innen

Am 3. April bietet die Universitätsbibliothek einen Kurs zum Thema Literaturrecherche an. Hier erfährst Du, wo und wie Du nach wissenschaftlicher Literatur recherchieren kannst und lernst dabei die einzelnen Schritte der Recherche kennen. Der Kurs findet von 11 bis 12 Uhr über Zoom statt. Anmelden kann man sich über die Startseite der UB: <https://www.ub.ruhr-uni-bochum.de/kurse-und-veranstaltungen/kurse-und-beratungen>.

Community treffen im Kulturcafé

Das Autonome Referat für Menschen mit Behinderungen und sämtlichen Beeinträchtigungen (ARMBSB) des AstA der Ruhr-Uni lädt am 8. April von 16 bis 18 Uhr zum entspannten Austausch in das Kulturcafé ein. Ihr findet das Kulturcafé direkt neben dem Studierendenhaus (Gebäude SH) mitten auf dem Campus. Der Eintritt ist kostenfrei. Besonders nett: Für jede Person gibt es ein Freigeränk!

:afa

Europa wählt – das musst Du wissen

Bei der Europawahl vom 6. bis zum 9. Juni steht dieses Jahr einiges auf dem Spiel – nicht wenige sprechen von einer „Schicksalswahl“. Nicht nur die Weichen für die Klima-, Migrations- oder Außenpolitik der nahen Zukunft werden hier gestellt. Auch stellt sich die Frage: Überträgt sich der Rechtsruck vieler europäischer Länder auch auf die Europawahl?

Ihre Bedeutung ist enorm: Sie ist eine der größten demokratischen Wahlen der Welt. Rund 350 Millionen EU-Bürger:innen sind wahlberechtigt, was nur von wenigen bevölkerungsreichen Ländern wie Indien, den USA oder Brasilien überboten wird. Zudem ist die Europawahl die einzige Wahl im Superwahljahr 2024, zu der die Bochumer Bürger:innen wahlberechtigt sind.

Was wird gewählt?

Das Europäische Parlament (EP) und seine zukünftigen 720 Abgeordneten, die die Interessen der EU-Bürger:innen auf europäischer Ebene vertreten. Das Europaparlament hat unter anderem die Aufgabe, neue Gesetze zu gestalten und zu beschließen.

In Deutschland haben 45 politische Vereinigungen ihren Wahlvorschlag eingereicht, darunter die Parteien des Bundestags, aber auch beispielsweise die Klimaaktivist:innen der Letzten Generation. Ob diese zugelassen werden, wird am 29. März entschieden.

Sobald die Abgeordneten der nationalen Parteien wie CDU, SPD oder AfD gewählt sind, schließen sie sich transnationalen Fraktionen an, über die sie dann im Europaparlament sitzen. So gibt es beispielsweise eine sozialdemokratische und eine christdemokratische Fraktion.

Die Anzahl der Abgeordneten einer politischen Partei im Europäischen Parlament ist dabei proportional zur Anzahl der erhaltenen Stimmen. Die Anzahl der Mandate hängt von der Größe des Landes ab. Auf Deutschland entfallen dadurch mit 96 Mandaten die meisten, auf Zypern, Luxemburg und Malta mit sechs die wenigsten.

Wer darf wählen?

Alle EU-Bürger:innen. In Deutschland sind das nach Angaben der Bundeswahlleitung rund 65 Millionen Menschen – auch weil zum 1. Mal 16- und 17-Jährige mitwählen dürfen. Das ist ansonsten nur in Belgien, Malta und Österreich möglich. In Griechenland muss man 17 Jahre alt sein, in allen weiteren EU-Ländern mindestens 18. Wahlberechtigte Bürger:innen anderer EU-Mitgliedsstaaten, die sich in Deutschland aufhalten, dürfen sowohl hier als auch in ihrem Herkunftsland wählen. Unter Umständen ist dazu ein Antrag eines auf Eintragung in das Wählerverzeichnis nötig.

Wie wird gewählt?

Jede:r Wahlberechtigte hat eine Stimme und darf ein Kreuz auf den Stimmzettel setzen. Gewählt werden dabei keine Kandidat:innen, sondern eine sogenannte Wahlliste, also eine Partei oder eine politische Vereinigung.

Wann findet die Europawahl statt?

Generell findet die Wahl zwischen dem 6. und 9. Juni statt. Jedes Land legt den genauen Tag selbst fest. In Deutschland wird am Sonntag, den 9. Juni gewählt – oder davor per Briefwahl.

Wer bis dahin noch eine Entscheidungshilfe braucht, kann den Wahl-O-maten zur Europawahl zu Rate ziehen. Dieser soll ab Anfang Mai zur Verfügung stehen.

:Leon Hartmann

WAS SIND DIE DEMOKRATISCHEN WERTE?

Wir leben in einer Zeit, in der Länder aus verschiedenen Regionen der Erde eine andere Form der Herrschaftsorganisation durchführen. Da stellt sich Dir sicher die Frage, was man unter Demokratie versteht und was die demokratischen Werte auszeichnet.

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich zuerst die rechtlichen Formalitäten bezüglich der Herrschaftsgewalt anschauen. Demnach kann festgehalten werden, dass nach Artikel 20 des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland eine Demokratie ist. Bei der Demokratie wird die Herrschaftsgewalt vom Volk ausgeübt. Des Weiteren kann gesagt werden, dass sich die Staatsform durch bestimmte Punkte auszeichnet, einige davon wären: die Achtung der Menschenrechte, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sowie das Mehrparteiensystem und Wahlen, die geheim, frei und gleich ablaufen. Anhand dieser Informationen kann festgehalten werden, dass die Bundesrepublik Deutschland eine repräsentative Demokratie ausübt; Somit regiert das Volk durch Volksvertreter:innen, die gewählt werden. Zudem wird der Bundestag aus den gewählten Volksvertreter:innen gebildet, wodurch die Volksvertreter:innen bzw. der Bundestag das unmittelbare einzige demokratisch bestimmte Verfassungsorgan darstellen.

Außerdem ist die Demokratie eng mit dem Prinzip der Volkssouveränität, das bedeutet, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, verbunden. Die Volkssouveränität heißt nicht gleich, dass das Volk direkt herrscht – man kann in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland die Volkssouveränität als Ausdruck von demokratischen Wahlen verstehen. Die gewählten Vertreter:innen sind stellvertretend verantwortlich für das Treffen von politischen Entscheidung im Namen des

Volkes.

Die Demokratie lebt von Beteiligung, somit sind die Gesellschaft und die Politik dazu verpflichtet, die Demokratie zu wahren, zu entwickeln und zu verteidigen. Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte und die Gewaltenteilung stehen für die Demokratie. Die Gewaltenteilung stellt die drei staatlichen Funktionen von unabhängigen und unterschiedlichen Organisationen dar, dabei kontrollieren sie sich gegenseitig. Eines dieser Organe, die Gesetzgebung Legislative, bedeutet, dass bestimmte Gesetze vom Parlament verabschiedet werden. Die Verabschiedung kann durch den Bundes- oder Landtag erfolgen. Ein weiteres Organ wäre die Exekutive, also die Vollziehung der Gewalt seitens der Regierung.

Die Regierung sorgt mit ihren Behörden und Verwaltungen für die Einhaltung der Gesetze und das Recht im Allgemeinen. Ein weiteres Organ ist die Rechtsprechung Judikative, dabei stellen die Gerichte die rechtssprechende Gewalt aus. Demnach trifft die Rechtsprechung die Entscheidung, wie anhand der Gesetze richtig zu urteilen ist. Die Gewaltenteilung hat die zentrale Aufgabe, den Missbrauch von Macht zu verhindern bzw. zu erschweren.

Demnach darf zum Beispiel ein:e Richter:in frei und unabhängig von der Regierung entscheiden, ohne dabei von anderen unter Druck gesetzt zu werden; oder eine Person, die im Parlament tätig und bei der Erstellung der Gesetze mitbeteiligt ist, darf nicht bei der Polizei arbeiten. Diese Person darf die Gesetze nicht vollziehen, da sie bei der Gesetzgebung mitbeteiligt ist. Somit sind alle Organe direkt oder indirekt durch das Volk legitimiert. Nicht alle Staatsorgane werden vom Volk gewählt, denn die Bundeskanzler:in wird vom Bundestag gewählt und die Ministerpräsident:innen werden von den Abgeordneten der jeweiligen Landesparlamente bestimmt.

:Meliksah Karaoglu



25 Jahre nach der Bologna-Reform

Die Europawahl steht an. Doch welchen Einfluss nimmt die Europäische Union auf die Hochschulpolitik und welche Pläne haben die Parteien bereits ausgearbeitet?

CN: Die Reihenfolge der erwähnten Parteien und die Ausführlichkeit der Wiedergabe ihrer Standpunkte stellt keine Wertung dar.

Am 9. Juni wird wieder das EU-Parlament gewählt. Die großen Parteien, die aktuell im Europaparlament vertreten sind (CDU/CSU, SPD, AfD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke) haben bereits ihr Wahlprogramm für dieses Jahr veröffentlicht. Auch zum Thema Hochschulbildung und Forschung vertreten sie mehr oder weniger verschiedene Standpunkte.

Die aktuelle Hochschulpolitik auf EU-Ebene beschäftigt sich vorrangig mit der Durchführung der Austauschprogramme im Rahmen von ERASMUS+ sowie der Sicherung der Qualität europäischer Hochschulen und möglichen Internationalisierungsprozessen. Auch die gemeinsame länderübergreifende Durchführung von Forschungsprojekten fällt teilweise unter diesen Bereich. Hauptverantwortlich bleiben jedoch die jeweiligen Länder. Die EU versteht sich eher als Organ, das unterstützt, koordiniert und verstärkt.

Was aber sagen nun die Wahlprogramme der Parteien für die nächsten fünf Jahre?

Die SPD verschreibt sich in ihrem Wahlprogramm im Grunde genommen der Weiterführung der oben genannten Strategie der EU und spricht sich für eine Steigerung der Investitionen in den Bildungssektor aus. Unter anderem soll dadurch jeder Person ermöglicht werden, bis zum 25. Lebensjahr eine Auslandserfahrung zu machen, die über das ERASMUS+-Programm finanziert wird.

Die CDU äußert sich in ihrem Wahlprogramm zunächst zum Feld der Forschung und tritt hier für eine Steigerung der Investitionen auf drei Prozent des BIPs der EU ein. Dieses Geld soll u.a. in Forschung zu Technologie und Digitalisierung fließen. Für die Anerkennung von Bildungsabschlüssen will sie Kriterien entwickeln, die eine Vergleichbarkeit erlauben. Und auch ERASMUS+ soll finanziell ausgebaut werden.

Die FDP stellt das Thema Bildung an den Anfang des Wahlprogramms und betont die Wichtigkeit von Qualität und Expertise. Diese brächten die eu-

ropäischen Hochschulen bereits mit, „[u]m diese Exzellenz auch weiterhin zu gewährleisten, fordern wir eine weitere Stärkung im Bereich der Bildung und Forschung, da exzellente Bildung und freie Forschung unabdingbare Voraussetzungen für Innovation und Wohlstand und damit für eine bessere Zukunft für Europa sind.“ Besondere Chancen sieht die Partei in der Weiterführung von ERASMUS+, die um weitere Zielgruppen erweitert werden soll. Zudem sollen Abschlüsse, „die den Aufenthalt an mindestens zwei europäischen Hochschulen bzw. Forschungsinstituten bedingen“, besondere Förderung erhalten.

Auch Bündnis 90/Die Grünen setzen auf eine Ausweitung der ERASMUS+-Programme und nehmen hier die Teilhabe und Barrierefreiheit in den Fokus. Um das Programm langfristig zu stärken, will sich die Partei für eine Verdoppelung der finanziellen Mittel einsetzen. Darüber hinaus sollen Hochschulen besser vernetzt sein und ein europaweiter Studierendenausschuss eingeführt werden.

Die Linke fordert hingegen eine „Reform des Bologna-Systems. Hochschulen sind mehr als Einrichtungen zur Arbeitsmarktbefähigung, wie sie im Bologna-Prozess verstanden wurden.“ Weiter heißt es: „Hochschulen müssen europaweit als offene, soziale und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig von Markt und Profit, aber in gesellschaftlicher Verantwortung entwickeln können.“

Wenig überraschend vertritt auch die AfD mit ihrem Wahlprogramm kontroverse Positionen. Hier heißt es: „Die AfD lehnt die Schaffung eines 'europäischen Bildungsraums' ab.“ Im Rahmen der Bologna-Reform sei es zu einer Senkung der Qualität gekommen, die zu Lasten der Forschung in Deutschland gehe. Statt Zugangsregelungen zu vereinheitlichen und damit zu vereinfachen, solle es das Recht auf Aufnahmeprüfungen geben. Hierzu heißt es: „Quotenregelungen für verbesserte Zugangsmöglichkeiten und Bundesgeschäftsstelle der Abschlussqualifikationen für angeblich benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen widersprechen dem Leistungsprinzip unserer Bildungssysteme.“

Die ausführlichen Standpunkte der Parteien könnt Ihr in den jeweiligen Wahlprogrammen auf den parteieigenen Webseiten finden.

:Sharleen Wolters



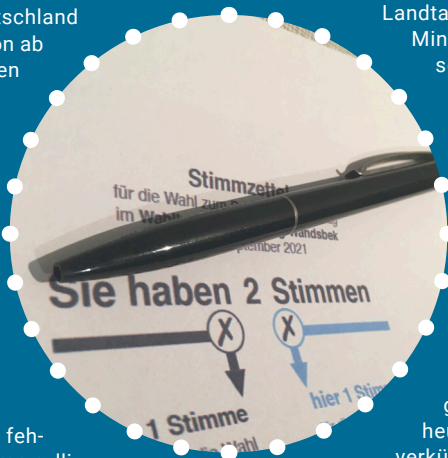
Debatte um Senkung des Wahlalters

Ab welchem Alter man bei Wahlen stimmberechtigt sein sollte, ist Gegenstand aktueller Diskussionen. Auch in der Bevölkerung gehen die Meinungen auseinander. Die Frage lässt sich dabei aus vielerlei Blickwinkeln betrachten.

Schätzungsweise 1,2 Millionen Jugendliche gehören in Deutschland zur Altersklasse der 16- bis 18-Jährigen. Die Frage, ob es schon ab 16 Jahren erlaubt sein sollte, an Bundes- und Landtagswahlen teilzunehmen, kann somit erhebliche Auswirkungen auf die Wahlergebnisse haben. In einigen Bundesländern können Jugendliche bereits jetzt bei Kommunal- sowie teilweise auch Landtagswahlen ihre Stimme abgeben und bei den diesjährigen Europawahlen dürfen erstmals alle ab 16 Jahren wählen.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas stieß vor kurzem mit ihrem Vorschlag, das Wahlalter für alle deutschen Wahlen abzusenken, auf Widerstand in der CDU. Von dort hieß es, man könne unter 18-Jährige nicht einerseits wählen lassen und sie andererseits rechtlich als noch nicht geschäftsfähig ansehen.

Nicht selten wird in der Debatte auch das Argument der fehlenden politischen Reife genannt, aufgrund welcher Jugendliche noch nicht in der Lage dazu seien, eine fundierte und unabhängige Wahlentscheidung zu treffen. Hier entgegnet Politikwissenschaftler Thorsten Faas in einem Gutachten für den Deutschen Bundestag, dass laut einer Studie bei den 16- bis 17-Jährigen kein geringeres politisches Wissen oder Interesse als bei den 18- bis 19-Jährigen festgestellt werden konnte. Die Studie kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass bei Jugendlichen Frustration und Politikverdrossenheit entstehen könne, wenn sie bei Kommunalwahlen abstimmen und gleichzeitig bei der Bundestagswahl ausgeschlossen werden.



Unter neurobiologischen Gesichtspunkten müsste das Wahlalter sogar noch höher angesetzt werden, denn auch mit 18 ist die Entwicklung des Gehirns noch längst nicht abgeschlossen. Wenn der Zustand des Gehirns als Maßstab für das Wahlalter herangezogen wird, muss womöglich auch eine Altersobergrenze definiert werden.

Bärbel Bas sieht in der Altersabsenkung eine Möglichkeit, junge Menschen möglichst früh für die Demokratie zu interessieren.

Welche Auswirkungen ein abgesenktes Wahlalter auf den Wahlausgang haben könnte, zeichnete sich im vergangenen Herbst bei der Junior-Landtagswahl in Bayern ab. Hier holte die AfD bei den Minderjährigen sogar mehr Stimmen als bei den Erwachsenen und wurde zweitstärkste Kraft. Die CSU erhielt deutlich weniger und Die Grünen nur etwas weniger Stimmen als bei den Erwachsenenwahlen. Möglicherweise sind die Ergebnisse bei den Juniorwahlen auch einer der Gründe, aus denen sich die CDU mit ihrer deutlich älteren Wählerschaft gegen eine entsprechende Änderung des Wahlrechts ausspricht. Doch auch die AfD, die aktuell profitieren würde, stellt sich noch dagegen. Und das obwohl sie in vielen sozialen Netzwerken, dem primären Medium der Jungwähler:innen, bereits die meisten Follower- und Klickzahlen generiert. Teilweise sogar zehnmals so viele, wie die anderen großen Parteien, wie eine Analyse für das Magazin „zdf heute“ zeigte. Die Algorithmen sozialer Medien sind für verkürzte und polarisierende Inhalte besonders empfänglich, was populistischen Parteien wie der AfD in die Karten spielt.

Der innenpolitische Sprecher der SPD, Sebastian Hartmann, sagt, man dürfe die Entscheidung zum Wahlalter aber nicht vom eigenen Vor- oder Nachteil bei Wahlen abhängig machen, sondern müsse in dieser Frage aus Überzeugung handeln.

Da das Bundeswahlgesetz Teil des Grundgesetzes ist, würde eine Änderung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erfordern.

:Moritz Putz

Ruhrpott für Europa

Wie passen der Ruhrpott und die Europäische Union zusammen? Das und weitere spannende Fragen zur anstehenden Europawahl im Juni besprechen wir mit Milad vom Projekt Ruhrpott für Europa.



Milad Tabesh ist waschechter Ruhrgebietler aus Langendreer. Er studierte Europäische Studien in Osnabrück, Public Policy in Berlin sowie Public Administration in den USA. Im letzten Sommer kam Milad zurück ins Ruhrgebiet und rief das Projekt Ruhrpott für Europa ins Leben.

:bsz: Worum geht es bei Ruhrpott für Europa?

Milad: Ruhrpott für Europa wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, jungen Stimmen aus dem Ruhrgebiet Gehör zu verschaffen. Stimmen, die sonst im Europadiskurs kaum gehört werden, weil Europa nach wie vor ein Thema für Bevölkerungsschichten ist, die sich Europa leisten können. Damit meine ich, dass diese von den Vorzügen der Grundfreiheit profitieren können oder in Frieden aufgewachsen sind. Europa wird so zu einem ‚Nice-to-have‘-Thema. Aber das ist nicht meine Vorstellung von Europa, die am Esstisch mit meinen Eltern diskutiert wird. Wie auch viele andere Menschen sind sie bewusst nach Europa gekommen. Europa bedeutet für sie die Achtung der Menschenwürde und die Chance, ein eigenständiges und freies Leben zu führen. Es geht dabei auch um ganz viele andere Sachen, die kaum in einer anderen Region so gewährt werden können, wie in Europa. All diese Sachen sind in Gefahr, kaputt gemacht zu werden. Genau diesen Menschen gilt es, bei der Europawahl eine Stimme zu geben. Bei der anstehenden Wahl gilt zum ersten Mal das Wahlrecht ab 16 Jahren. Wir möchten die kaputte Brücke der diversen jungen Generation zur europäischen Idee zurückzubauen. Europa soll dieser Generation nicht nur erklärt werden, sondern von ihr aktiv mitgestaltet werden.

Was sind die größten Herausforderungen der EU-Politik?

Milad: Es besteht eine große institutionelle Herausforderung. Wenn wir ein EU-Parlament wählen, sollte es auch die wichtigste Rolle in der EU-Politik spie-

len. Das ist aktuell nicht der Fall. Gesetzesvorschläge kann nur die EU-Kommission, die von den nationalen Regierungen im Europäischen Rat vorgeschlagen wird, hervorbringen. Das Parlament kann diese lediglich mit dem Rat der EU beraten und darüber konsultieren. Mein Verständnis von europäischer Demokratie wäre, dass die gewählten Abgeordneten im Parlament weitaus mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen. Damit hoffe ich, dass unsere Wählerstimmen mehr Bedeutung haben.

Außerdem scheitern wichtige Themen, wie etwa die Klima- oder Migrationspolitik, an den nationalen Grenzen, weil es dort ganz andere Probleme oder Ansichten gibt. Wir müssen versuchen, uns diesen sozialen Themen geschlossen anzunehmen, damit wir uns nicht länger aufgrund von Streitereien und Beschlüssen entgegen den europäischen Idealen auf der Weltbühne blamieren.

Die letzte große Herausforderung ist der Rechtsruck in den europäischen Ländern. Diesem Phänomen müssen wir auf europäischer Ebene begegnen. Wir müssen dafür sorgen, dass die konservative Mitte sich nicht von den Kräften von Rechts politisch leiten lässt. Ich hätte große Angst um unsere Zukunft, wenn die EU-Kommission auf Gnaden von den Extremrechten getragen wird. Das würde fundamentale Entscheidungen in der EU in eine andere Bahn lenken.

Warum sollten sich gerade Menschen im Ruhrpott für die EU-Politik interessieren?

Milad: Das Ruhrstatut war ein Impuls für die erste europäische Vereinigung, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Das Ruhrgebiet ist für mich somit eine Keimzelle der europäischen Integration. Wir haben gar nicht mehr dieses europäische Selbstbewusstsein, dass unsere Vorfahren der Nachkriegszeit die treibende Kraft der europäischen Einigung waren. Die Idee Europas geht dabei viel weiter zurück und fand schon im 19. Jahrhundert Befürworter:innen. Anstatt sich durch das nationale Denken abzugrenzen, wollte man auf die Zusammenarbeit setzen. Die Angehörigen dieser andersdenkenden Minderheit haben sich nicht im damaligen Nationalismus wiedergefunden. Die Pointe des europäischen Denkens ist wieder brandaktuell. Im Ruhrgebiet gibt es eine diverse und vielfältige Community, die sich mit dem rechten Nationalismus nicht identifizieren kann. Das sind die besten Europäer:innen, die man sich vorstellen kann. Und deshalb brauchen wir Ruhrpott für Europa, um wieder ein Verständnis für Europa zu bekommen.

:Artur Airich

DOKUS UND REPORTAGEN ÜBER WAHLEN

Manchmal ist es einfacher, audio-visuelle Medien zu konsumieren, statt neben dem Studium noch weitere Texte zu lesen. Wir geben einen Überblick über Doku-Filme und Podcast-Folgen.

Geopolitik – Was erwartet uns 2024?

Diese kurze Doku gibt einen Überblick über das Superwahljahr 2024 und ist gut für alle unter Euch, die sich in knappen sieben Minuten einen Überblick wünschen, wer wie was wo wann dieses Jahr zur Wahl gerufen wird. Die Doku auf *arte* gibt auch einen kurzen Ausblick auf die möglichen Folgen. Im Fokus stehen die BRICS-Organisation sowie die EU-Wahl und die US-Wahl.

WTF, USA?! – Trump gegen Biden

In dieser 45-minütigen Reportage von *Weltspiegel* und der *ARD* reist die US-Korrespondentin Gudrun Engel quer durch die USA und spricht mit Menschen verschiedener Generationen über die anstehende Wahl. Die Doku greift die Geschehnisse der vergangenen Jahre und das Demokratie-Verständnis der Menschen auf und versucht zu verstehen, was das Land politisch spaltet. Auch das Wahlsystem wird angerissen. Die Doku gibt einen guten Überblick über die verschiedenen Standpunkte und ordnet auch die Inhalte in ihren größeren Kontext



ein. Auch wenn versucht wurde, verschiedene Perspektiven aufzugreifen, so wurde doch veräumt, die ethnografische Diversität der USA einzubringen und hier zu Wort kommen zu lassen. Die Doku bietet dennoch einen guten Überblick über den generellen Diskurs.

Zukunft gestalten – Der Podcast der Bertelsmannstiftung

In Folge #35 des Podcasts „Superwahljahr 2024: Trump, die USA und Europa“ diskutieren die Gastgebenden mit den Expertinnen Irene Braam und Cathryn Clüver Ashbrook über die Wahl. Die Folge ist von Ende Januar, gibt jedoch in 40 Minuten einen groben Überblick über die aktuelle politische Lage und die Pläne der jeweiligen Parteien, auch in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der EU.

Der Podcast ist nicht nur auf allen gängigen Podcast-Plattformen abrufbar, sondern auch auf *YouTube*.

OK, America?

Wer noch nicht genug von den USA hat, kann sich den Podcast von *Zeit Online* und *mdr aktuell* geben, der in 45- bis 60-minütigen Folgen verschiedene Diskurse der USA beleuchtet und in ihren politischen Kontext einordnet. Die anstehenden Wahlen kommen hierbei nicht zu kurz und dominieren seit Beginn des Jahres die Folgeschwerpunkte.

Warum Russlands Bevölkerung Putin unterstützt

Mal weg von den USA, hin zum Osten. In dieser Podcast-Folge von *SWR2 Wissen* versucht die russische Journalistin Julia Smilga zu erklären, warum Putin in Russland einen großen Rückhalt erfährt. Aufgenommen vor den Wahlen, hilft sie dennoch zu verstehen, wie das Wahlergebnis von über 80 Prozent Zustimmung für Putin zustande kommen konnte.

Wahl in Russland: Putin für immer?

Ebenfalls vor der Wahl aufgenommen wurde diese Folge des *Weltspiegel Podcasts*: Durch die *ARD*-Korrespondent:innen Ina Ruck und Frank Aischmann, die für das Studio in Moskau arbeiten, wird die Stimmung in Russland vor der Wahl erklärt und auch die vorherigen Abläufe beleuchtet, die helfen, das Ergebnis der Wahl zu verstehen. Auch nach der Wahl ist diese Folge noch von Relevanz. Die Folgenbeschreibung gibt weitere Empfehlungen für Podcastfolgen für diejenigen, die tiefer in die Materie eintauchen wollen.

Dein Bruder Steve

Weniger leicht zu finden ist Content zu den Wahlen in Afrika. Der Kanal *Dein Bruder Steve* (auf *TikTok* oder *Insta*), unterstützt vom *SWR*, thematisiert Politik und Gesellschaft des afrikanischen Kontinents und geht auch auf Wahlen ein, hauptsächlich in dem Format „Nachrichten aus Afrika“. Die Reels und Shorts sind zugleich unterhaltsam, informativ und anregend und lohnen sich, um den Blick über den Tellerrand hinaus zu wagen!

:Sharleen Wolters

Debattenformat als eine Hilfe der politischen Meinung

Im Superwahljahr kann es schwierig sein, bei politischen Debatten den Überblick über alle vertretenen Positionen zu erlangen. Schafft das Format 13 Fragen für Kontroversen Klarheit zu schaffen?

Denkt Ihr vielleicht: „Politiker:innen kann man nicht trauen, denn sie lügen doch wieso nur“? Damit seid Ihr nicht alleine. Der *Funk*-Kanal *13 Fragen*, eine Produktion des *ZDF*, könnte Euch mit Salwa Houmsi und Jo Schück als Moderator:innen nun jedoch zu einem Durchblick in den verschiedensten politischen Debatten verhelfen. Ob zum Thema Bürgergeld, AfD-Verbot oder Abtreibungsrecht – das Format, das primär auf *YouTube* an Popularität erlangt hat, zeigt Individuen immerzu authentisch in Aktion bei einer Face-to-Face-Diskussion. Ein Blatt vor den Mund genommen wird hier nie.

Zusammen mit ihren sechs Gästen nehmen sie die Herausforderung an, in einem hitzigen Streitgespräch 13 heiße Eisen anzupacken und schlussendlich Kompromisse zu schmieden. Die 13 Fragen fühlen der Thematik dabei meist geschickt auf den Zahn, oft heißt es bei den Kandidat:innen demnach nicht nur am Ende der Folge: Zähne zusammenbeißen.

Die erste Frage teilt das Teilnehmerfeld auf: Befürworter:innen begeben sich zum grün markierten Bereich, Gegner:innen zum gelben und verweilen dort in der gesamten Debatte. Anhand 12 weiterer Fragen wird anschließend das Thema diskutiert: Zustimmung bedeutet einen Schritt vorwärts, Ablehnung einen zurück. So nähern sich die Positionen allmählich dem Kompromissfeld in der Mitte an. Die letzten drei Fragen beinhalten Kompromissvorschläge von Moderator:in und den zwei Parteien, die durch Bewegung der Teilnehmer:innen vorwärts oder rückwärts angenommen oder abgelehnt werden können.

Erfolg hat *13 Fragen* vermutlich aufgrund der bunt durchgemischten Diskussionsteilnehmer:innen. Es sind immer Expert:innen und oft auch Politiker:innen anwesend,

jedoch auch Meinungsblogger, die den/die Zuschauende:n repräsentieren. Im Rahmen der Debatten werden vor allem die Wertevorstellungen hinter den vermeintlich rational fundierten Positionen sichtbar – schließlich gibt es oft Pro und Contra für beide Seiten und das individuelle Bauchgefühl entscheidet am Ende, welche Argumente schwerer wiegen.

Um dabei jedoch die goldenen Mitte zwischen Bauchgefühl und nüchterner Beurteilung zu wahren, wird auf sogenannte Faktenchecks zurückgegriffen. So werden nachträglich von der Redaktion kleine Infoboxen eingeblendet, die genannte, vermeintliche Fakten implizit ver- oder falsifizieren können.

Obwohl das Format goldene Brücken zwischen den Positionen schlagen soll, verbrennt es in mancher Hinsicht leider von vornherein die ein oder andere.

So handelt es sich bei den Teilnehmenden immer um Personen des öffentlichen Lebens, die häufig selbst in einer Bubble leben. Unbekannte Personen können gar nicht erst teilnehmen. Mehr Menschen aus niedrigen gesellschaftlichen Schichten in die Diskussion zu integrieren, würde daher das dargestellte Meinungsbild noch merklich erweitern. Insgesamt werden in jeder Folge aber wohl gemerkt stets marginalisierte Gruppen repräsentiert.

Allerdings besteht kein Zwang zum Kompromiss und die langwierigen Diskussionen tragen in einigen Folgen schlussendlich keine Früchte. Bei einem Format, das Menschen dazu motiviert, bei den heikelsten gesellschaftlichen Themen den Kopf nicht in den Sand zu stecken, ist es bedauerlich, dass die Diskussion dafür jedoch teils im Sande verläuft. Dennoch bleiben nicht in jeder Folge alle Diskutierenden in ihren ursprünglichen Lagern, sondern entdecken durchaus auch gemeinsamen Boden.

13 Fragen kann mit seinen subjektiven Standpunkten bei der politischen Meinungsbildung also durchaus hilfreich sein und den Nebel der Realität ein Stück weit lichten – die Wahrheit im Nebel suchen jedoch alle und das Format zeigt auf, dass dabei (fast) alle Positionen irgendwie ein bisschen Recht haben. Diese Erkenntnis kann zu Politikverdrossenheit führen, aber auch zu einer toleranteren Diskussionskultur beitragen.

:Levinia Holtz



Who run the world – (Pop-)Girls?

Kommentar

US-Sängerin Taylor Swift dominiert zurzeit die globalen Charts. Als weltweit erfolgreichste Musikerin könnte sie jedoch bald auch in der Präsidentschaftswahl der USA die Saiten zum Schwingen bringen.



Wie sie die Macht der Worte für sich in ihren Songs nutzen kann, weiß Taylor Swift. Bald könnte sie ihre Stimme jedoch auch im US-Wahlkampf Ende des Jahres erheben. Von der Showbühne aufs politische Parkett zieht es die Sängerin aber wohl kaum. Viel mehr dürfte es darum gehen, Fans in erster Linie zum Wählen zu animieren, wie sie es in der Vergangenheit bereits mehrfach über die sozialen Medien gemacht hat. 2018 rief Swift ihre Follower:innen erstmals zum Wählen auf und innerhalb von 24 Stunden registrierten sich Zehntausende für die Wahl - eine Anzahl, die normalerweise einem ganzen Monat entspricht. Für Ex-Präsident Trump war das offenbar alles andere als Musik in den Ohren. So äußerte er wenig später seine Abneigung gegenüber den Songs der Sängerin. Er möge die Musik nun „25 Prozent weniger“.

So langsam müssten die Republikaner:innen wohl Schweißausbrüche bekommen, denn bereits Medienexpert:innen untermauern den Einfluss, den Swift auf ihre „Swifties“ hat. So betont unter anderem Professor Jo Groebel, Medienexperte und Medienpsychologe, dass Menschen sich mit ihr

nicht nur identifizieren können, sondern fast so etwas wie eine „Freundschaftsbeziehung“ zu ihr aufbauen.

Bislang bleibt eine klare Positionierung Swifts in dem Duell rund um Trump und Biden aus, in der Vergangenheit jedoch bekannte sie bereits Farbe. Wohl kaum politisch gemeint, heißt es aber passend dazu in ihrem aktuellen Hit *Cruel Summer*: „The shape of your body, it's blue.“ Swift ist zweifellos durch und durch Demokratin, obwohl ihre Wurzeln in die eher konservativ geprägte Country-Szene zurückreichen. So unterstützte sie bereits bei der letzten Präsidentschaftswahl offen den aktuellen Präsidenten Biden – unter anderem auf Instagram mit selbstgebackenen Plätzchen und Zuckerguss-Logo der Demokraten.

In einer von Dichotomien geprägten politischen Landschaft lässt sie sich bereits allein durch ihre Unterstützung der LGBTQ-Community den Links-Liberalen problemlos zuordnen. Dies scheint den Republikaner:innen Grund genug zu sein, zu befürchten, Swift könnte ihnen im November ein wortwörtlich blaues Wunder bescheren. Zuletzt ließ die US-amerikanische Zeitung *Newsweek* eine Umfrage durchführen, bei der das Meinungsforschungsinstitut *Redfield & Wilton Strategies* 1.500 US-Amerikaner befragte. Die Ergebnisse lassen viele Beobachter:innen der Popkultur mit großen Augen dastehen. So gaben ganze 18 Prozent an, dass sie eher oder viel eher für den Kandidaten stimmen würden,



den Taylor Swift unterstützt. 17 Prozent der Befragten würden eher nicht für den Kandidaten der Sängerin stimmen, während für 55 Prozent die Meinung der Sängerin bei ihrer Wahlentscheidung keine Rolle spielt. Insbesondere die von Biden umworbenen jungen Wähler:innen würden durch ein Statement von Swift beeinflusst werden, da der 81-jährige Schwierigkeiten hat, diese Zielgruppe anzusprechen. Dabei bleibt jedoch offen, ob die besagten 18 Prozent nicht auch sowieso schon eher dem links-liberalen Lager zuzuordnen sind, ganz ohne Appell der Sängerin. Wie sagt man so schön? Gleich und gleich gesellt sich gern. Die parasozialen Beziehungen zu ihren Fans, die Illusion, die Sängerin wirklich zu kennen, könnten Fans zwar dazu verleiten, in die Meinung der Musikerin zu vertrauen. Allerdings ist es eben nicht unwahrscheinlich, dass ihre Fans von vornherein ähnliche Wertevorstellungen teilen. Ganz nach dem Motto: Musiker:innen und ihre Fans tanzen buchstäblich nach der selben Pfeife. Nun, einen Einfluss wird Swift dennoch vor allem dadurch haben, dass sie zahlreiche Menschen erst zum Wählen anregt.

Allein deshalb haben *Fox News* und einige rechte Podcaster es nötig, die Verschwörungstheorie zu verbreiten, Swift und ihr Freund, der NFL-Spieler Travis Kelce, seien in eine angebliche Verschwörung der Demokrat:innen gegen die Republikaner:innen verwickelt. Laut einer Studie der *Monmouth University* glauben an diese Theorie sogar fast ein Fünftel aller Amerikaner:innen. Nach Trumps Präsidentschaft kann mich wohlgernekt allerdings nichts mehr so wirklich überraschen.

:Levinia Holtz

Nur noch Akademiker:innen in der Politik?!

Kommentar

Im aktuellen Bundestag haben fast alle Abgeordneten Abitur und mehr als zwei Drittel einen Hochschulabschluss oder höher. Warum dies für die politische Landschaft nicht nur Vorteile hat.



Vor ein paar Monaten wartete ich an der Station der RUB auf die U35. Wie das Schicksal es wollte, hatten meine Bluetooth-Kopfhörer keinen Akku mehr und so kam es, dass ich den Umgebungsgeräuschen lauschte. Dabei bekam ich mit, wie sich hinter mir zwei Arbeiter über die aktuelle Politik unterhielten. Nicht etwa über ein bestimmtes Thema, sondern darüber, dass sie sich von Politiker:innen nicht mehr abgeholt fühlten. Besonders kritisierten sie, dass die meisten Abgeordneten Studierende seien und daher kein Verständnis für die Lage der „kleinen Leute“ hätten.

Betrachtet man die Statistiken der letzten 30 Jahre, so stellt man schnell fest, dass die beiden, zumindest bei dem Bildungsstand der Politiker:innen, gut im Bilde waren. Lag der Anteil der Akademiker:innen im Bundestag in den 90er-Jahren noch zwischen 50 und 60 Prozent, so lässt sich doch verfolgen, wie dieser Anteil besonders in den letzten zwei Wahlperioden rasant nach oben stieg: Inzwischen haben 85 Prozent die Fachhochschul-

reife und 71 Prozent können einen Hochschulabschluss vorweisen – darunter auch 16 Prozent Promovierte.

Auch die Parteilandschaften weisen mit 34 (CSU) bis 72 (Bündnis 90/ Die Grünen) Prozent Akademiker:innen unter den Mitgliedern auf. Erst in der Landes- und Kommunalpolitik sinkt der Anteil der Gewählten ohne Hochschulabschluss.

So weit so gut – aber welche Auswirkungen hat dies nun auf die Politik? Auf der einen Seite stehen hoch komplexe Strukturen in Wirtschaft, internationaler Zusammenarbeit oder Umweltschutz, die durchschaut werden müssen, und Zusammenhänge und Konsequenzen, die abzuwägen sind. Ein Studium kann sicherlich dabei behilflich sein, die eigene Meinung zu festigen und entsprechend zu vertreten. Spätestens, wenn es um Finanzen oder Auslandspolitik geht, schwirrt auch mir, einer Akademikerin, der Kopf. Dies denen zu überlassen, die Ahnung von der Materie haben, ist sicherlich kein dummer Schachzug.

Schwierig wird es aber dann, wenn es um die Nähe zu den Wähler:innen und Wählern geht, die ja viele Politiker:innen besonders zu Wahlzeiten gerne suchen. Wie die zwei Kollegen vom Anfang des Artikels fühlen sich viele weitere nicht-studierte Personen in meinem Umfeld von der aktuellen Politik, sowohl der Bundes- als auch der Landesregierung, nicht abgeholt. Unmut macht sich



breit und schlägt im schlimmsten Fall in Intoleranz gegenüber anderen Gruppen um. Denn wenn nicht die Probleme der potenziellen Wähler:innen adressiert werden, dann wandern diese ab – im schlimmsten Fall in den Populismus, der ihnen Lösungen verspricht.

Ist es deshalb falsch, dass Akademiker:innen sich für eine Laufbahn in der Politik entscheiden? Nein, es bringt sicher viele Vorteile mit sich und der große Anteil an Akademiker:innen ist sicher nicht der einzige Grund für den Unmut gegenüber der aktuellen Politik. Doch das Gespräch an der Haltestelle zeigt eben auch, dass sich viele von „denen da oben“ nicht mehr verstanden und respektiert fühlen. Und das ist ein Problem!

Wenn Parteien, bzw. Abgeordnete ihre Position festigen wollen, dann müssen sie lernen, nicht nur globale Themen in den Fokus zu nehmen, sondern eben auch die Probleme „vor der eigenen Haustüre“ in die Politik einzubeziehen. Besonders die Themen Migration, Bezahlbarkeit von Wohnraum und soziale Absicherung stehen hier im Fokus. Politiker:innen sollen schließlich die Wähler*innen repräsentieren, also muss die politische Agenda auch für die Wähler:innen gemacht sein, nicht für das eigene Vorankommen. Durch Kommunikation mit den Menschen vor Ort und das Ernstnehmen der Sorgen könnte eventuell ein zu großer Erfolg der AfD auch bei den in Deutschland anstehenden Wahlen abgewendet werden.

:Sharleen Wolters

Speiseplan



Mensa der Ruhr-Universität-Bochum 01.–05.04.2024

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen 7,20 € (Stud.) 8,20 € (Bed.) 5,90-8,20 € (Gäste)		Rindfleisch-Gemüsecurry mit Basmatireis R,f,2	Gegrilltes Lachsfilet, Bärlauch Hollandaise, Kohlrabi, Neue Kartoffeln V,a,a1,a3,c,g,i,j,1	Pulled Pork Baguette mit Coleslaw, Knoblauch-Mayonaise und Röstzwiebeln dazu Wedges S,a,a1,a3,c,f,g,i,1,3	Rinderrikadelle mit Pilzrahmsauce, Kartoffelpüree und Erbsen Möhren R,a,a1,a3,c,f,g,i,1,3
Komponenten-essen 2,20-2,30 € (Stud.) 3,20-3,30 € (Bed.) 3,00-4,00 € (Gäste)		Lammhacksteak mit Knoblauch-Joghurtsauce L,a,a1,c,g,i,j Falafel mit Hummus VG,a,a1,k	Cordon bleu vom Schwein mit Pfefferrahmsauce S,a,a1,a3,f,g,i,2,3 Kreolisches Geschnetzeltes VG,a,a1,a3,f,i,2	Rindergeschnetzeltes R,a,a1,a3,f,g,i Vegetarische Minischnitzel mit Joppie-Sauce V,a,a1,a4,c,g,i,1,3,9	Hoki-Fischfilet mit Tomaten-Zitronensauce F,a,a1,d,g,i,j Marinierter Tofu mit Erdnussauce VG,a,a1,e,f,k,2
Sprinter 2,50 € (Stud.) 3,70 € (Bed.) 3,70 € (Gäste)		Vegetarische Moussaka V,a,a1,c,f,g,i	Kichererbsen-Curry mit Vollkornreis VG,f	Schmorkartoffeln mit Champignons und Knoblauch-Dip VG,f	Piroggen mit Schmorzwiebeln V,a,a1,c,g,1
Beilagen 1,00 € (Stud.) 1,20 € (Bed.) 1,20 € (Gäste)		Pastinaken-Karottengemüse VG Salzkartoffeln VG,3 Couscous VG,a,a1,i	Spargelragout V,f,g Erbsen mit Minze VG Schupfnudeln V,a,a1,c Vollkornreis VG	Vichykarotten VG,1 Leipziger Allerlei in Rahm VG,f Zartweizen mit Paprika VG,a,a1,2 Kartoffel-Sellerie-Püree V,g,i	Rosmarinkartoffeln VG Wokgemüse [Zwiebel, Paprika, Mungobohnensprossen, Weißkohl, Karotte, Brokkoli] VG,i,k
STUDY&FIT		Vegetarisches Moussaka mit Fladenbrot und Tzatziki V,a,a1,c,g,k,1,2	Kichererbsen-Curry mit Vollkornreis Feldsalat mit Essig-Öl-Dressing VG,f	Rindergeschnetzeltes Vichykarotten Kartoffel-Sellerie-Püree R,a,a1,a3,f,g,i,1	Hoki-Fischfilet mit Tomaten-Zitronensauce Rosmarinkartoffeln Gemischter Salat mit Kräuterdressing F,a,a1,d,g,i,j

Aufgrund von anhaltenden Lieferengpässen kann es zu kurzfristigen Speiseplanänderungen kommen, wir bitten um ihr Verständnis.

Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Dort erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank.

Zusätzlich zum STUDY&FIT Menü empfehlen wir mindestens zwei Mal die Woche Obst und Milchprodukte aus dem STUDY&FIT Angebot zu sich zu nehmen. Mehr Informationen über STUDY&FIT finden Sie unter www.jobundfitt.de.
(A) mit Alkohol, (F) mit Fisch, (G) mit Geflügel, (H) Halal, (L) mit Lamm, (R) mit Rind, (S) mit Schwein, (V) vegetarisch, (VG) vegan, (W) mit Wild, a) Gluten, a1) Weizen, a2) Roggen, a3) Gerste, a4) Hafer, a5) Dinkel, a6) Kamut, b) Krebstiere, c) Eier, d) Fisch, e) Erdnüsse, f) Sojabohnen, g) Milch/Lactose, h) Schalenfrüchte, h1) Mandel, h2) Haselnuss, h3) Walnuss, h4) Cashewnuss, h5) Pecanuss, h6) Paranuss, h7) Pistazie, h8) Macadamia/Queenslandnuss, i) Sellerie, j) Senf, k) Sesamsamen, l) Schwefeldioxid, m) Lupinen, n) Weichtiere, 1) mit Farbstoff, 2) mit Konservierungsstoff, 3) mit Antioxidationsmittel, 4) mit Geschmacksverstärker, 5) geschwefelt, 6) geschwärzt, 7) gewachst, 8) mit Phosphat, 9) mit Süßungsmittel(n), 10) enthält eine Phenylalaninquelle, 11) kann bei übermäßigem Verzehr abführend wirken, 12) koffeinhaltig, 13) chininhaltig.

+++News-Flash+++News-Flash+++News-Flash+++News-Flash+++

THEMEN, DIE ES GERADE NOCH REINGESCHAFFT HABEN

Terroranschlag in Moskau

Am Wochenende stürmten vier bewaffnete Angreifer den Konzertsaal Crocus City Hall in Moskau. Dort sollte ein Konzert der Rockband *Piknik* aus Sankt Petersburg stattfinden. Laut den Ermittlungen der russischen Behörden sei die Tat genauestens geplant gewesen. Nach offiziellen Angaben kamen bei dem Anschlag 133 Menschen ums Leben. Die Terrorgruppe Islamischer Staat bekannte sich zu dem Anschlag. Expert:innen vermuten, dass der Islamische Staat Provinz Khorasan (ISPK) aus Afghanistan hinter dem Angriff steckt. Diese Gruppe wurde auch mit dem geplanten Angriff zu Weihnachten in Wien in Verbindung gebracht. Schon im Vorhinein soll die amerikanische Regierung vor dem geplanten Angriff gewarnt haben, dies wäre auf russischer Seite jedoch als Propaganda abgestempelt worden. Präsident Putin versucht den Anschlag in Verbindung mit der Ukraine zu bringen. In der Ukraine weist man diese Anschuldigungen vehement zurück. „Der Krieg wird nur auf dem Schlachtfeld ausgetragen“, heißt es aus Kiew. Die Angreifer flohen nach der Tat in Richtung der ukrainischen Grenze und befinden sich mittlerweile in russischer U-Haft.

Millionenstrafe für Donald Trump

Diesen Montag wird für den ehemaligen Präsidenten der USA, Donald Trump, eine Strafe in Millionenhöhe fällig. Die Strafe ergibt sich aus dem Betrugsprozess vor dem New Yorker Gericht im Februar. Ihm wurde dabei vorgeworfen, die Bilanzen der *Trump Organization* künstlich aufgebläht zu haben, um bessere Konditionen für Hypothekenkredite zu bekommen. Die Strafe beläuft sich auf rund 450 Millionen Dollar. Sollte Trump nicht im Stande sein, seine Strafe zu bezahlen, droht die Einfrierung seiner Konten sowie die Beschlagnahme von Immobilien. :afa

IBSZANK – DIE GLOSSE

Lieber nicht wählen als falsch wählen? Naja, beim Brexit haben wir gesehen, wohin das führen kann. Einige suchen die perfekte Partei, die ihre Werte vollkommen repräsentiert. Und wenn sie diese nicht finden, dann lassen sie es eben ganz sein. Aber halt! Denkt daran, dass es Menschen in diesem Land gibt, die fast alle Rechte genießen, außer eben das Wahlrecht. Also seid Euch bewusst, dass Wählen ein Privileg ist. Eine Stimme kann nicht nur einen Unterschied machen, sondern auch Chancen eröffnen. Und mal ein Funfact: Vielleicht gibt es ja bereits die passende Partei für Euch, nur kennt Ihr sie nicht, weil sie zu klein ist. Dafür gibt es auch ein süßes Tool namens Wahl-O-Mat. Ich werfe Nichtwähler:innen nicht per se vor, uninformiert zu sein. Denn mal ganz ehrlich, die Parteienlandschaft kann echt wild sein. An der Oberfläche sehen wir meist nur die, die richtig Kohle und genügend Spenden hinter sich haben. Sicher, ab und zu gibt es kleine Leuchtsterne wie die Piraten oder Die PARTEI. Aber oft werden diese als ironischer Protest gewählt. Viel Blabla und auch viel Schmu dabei. Aber jetzt mal ganz ehrlich: Denkt an die Briefwahl, informiert Euch vorab, oder geht eben klassisch am Sonntag ins Wahllokal und vertraut auf Euer Bauchgefühl. Macht das Kreuz für die Demokratie. :bena

IMPRESSUM

ibsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Hanife Demir, Ron Agethen,

Redaktion dieser Ausgabe: Artur Airich (afa), Alina Nougmanov (ano) Abena Appiah (bena), Sharleen Wolters (leen), Levinia Holtz (levi), Leon Hartman (Iha), Meliksh Karaoğlu (meli), Moritz Putz (motz)

V. i. S. d. P.: Artur Airich

Anschrift:

ibsz
c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Bildnachweise: S.1 Titelbild: leen; S. 2: Plakate: ano; S.3: Grundgesetz: meli; EU: cc0 S. 4: Stimmzettel: motz, Ruhrpott für Europa: afa; S. 5: Dokus: leen, Sprechblasen: levi; S. 6: Taylor Swift: levi, Bundestag: cc0; S. 8: Hintergrund: bena

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser:innen.

Wenn die halbe Welt wählt ...

Die Demokratie scheint ein rückläufiges Modell zu sein. In diesem Jahr wird knapp die Hälfte der Weltbevölkerung zur Wahl aufgerufen. Ein Überblick:

Afrika

In diesem Jahr finden in Senegal und Ghana, zwei der stabilsten Demokratien Westafrikas, Wahlen statt, bei denen auf Grund der Regularien die amtierenden Präsidenten nicht mehr kandidieren dürfen. Ghana kämpft mit einer Schuldenkrise. Senegal ist mit der Disqualifizierung wichtiger Oppositioneller konfrontiert. In einigen Ländern wie Ruanda, Mosambik und Namibia wird erwartet, dass die regierenden ehemaligen Befreiungsbewegungen ihre Macht bestätigen.

In Botswana und auf den Komoren, die als Demokratien gelten, stehen Wahlen bevor. Die Wahlen im Südsudan hängen vom Ausbruch eines Bürgerkrieges ab, und Somaliland ist international kaum anerkannt. In Ländern wie Algerien, Tunesien, Tschad und Mauretanien scheint sich gegen Ende des Jahres eine Zunahme autoritärer Herrschaftsformen abzuzeichnen.

Seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 hat in Südafrika der **African National Congress** (ANC) durchgehend die absolute Mehrheit errungen, ist aber mit schwindender Unterstützung konfrontiert. Die bevorstehende Wahl wird als bedeutendste seit 1994 angesehen und könnte einen Machtverlust für den ANC bedeuten. Präsident Cyril Ramaphosa strebt den Machterhalt an. Die Gründung einer neuen Partei, „uMkhonto we Sizwe“, durch seinen Vorgänger Jacob Zuma birgt allerdings das Risiko einer Parteienzersplitterung. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass dies den Beginn einer Phase politischer Instabilität in Südafrika markieren wird, da das Land in den letzten drei Jahrzehnten politisch stabil war.

Asien

Narendra Modi, der Führer der hindu-nationalistischen BJP, strebt in Indien selbstbewusst eine dritte Amtszeit an. Seine Vision für eine hinduistische Ausrichtung des Landes wird er voraussichtlich weiterhin konsequent verfolgen. Durch zwei vorherige Wahlsiege geht Modi zuversichtlich in die anstehende Wahl, bei der fast eine Milliarde Menschen wahlberechtigt sind. Die Oppositionsallianz India, angeführt von der lange dominierenden Kongresspartei und dem ehemaligen Präsidenten Rahul Gandhi, der seinen Wahlkampf mit einem Marsch quer durch Indien startet, ist die Hauptkonkurrenz für Modi.

In Indonesien, der nach Indien und den Vereinigten Staaten drittgrößten Demokratie der Welt, finden demnächst Wahlen statt, bei denen neben dem Präsidenten und seinem Vize auch das Parlament und Provinzparlamente gewählt werden. Unter den 17 zugelassenen Parteien gilt Prabowo Subianto, trotz vergangener Menschenrechtsvorwürfe und einem US-Einreiseverbot, als Favorit für das Präsidentenamt. Er hat den Sohn des amtierenden Präsidenten Joko Widodo, der ihn zuvor zum Verteidigungsminister ernannt hatte, als seinen Vizekandidaten gewählt. Er führt souverän die Umfragen an.

Europa

Die Parlamentswahl am 10. März hat Portugal nach rechts rücken lassen. Die Konservativen haben nach der Auszählung aller Stimmen die regierenden Sozialisten als stärkste Kraft abgelöst.

Wladimir Putin bleibt derweil für sechs weitere Jahre Präsident Russlands. Die Wahl vom 15. bis 17. März war laut Angaben von Amnesty International weder frei noch fair. Die Menschen hatten keine wirkliche Alternative. Die Wahl wird zwar von der Opposition angefochten und kann von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt werden. Doch Putin gilt als frei gewählter Präsident des Landes.

Im Herbst wird in Österreich ein neues Parlament (Nationalrat) gewählt. Die rechtspopulistische FPÖ liegt in allen Umfragen stabil bei rund 30 Prozent. Die derzeitige Koalition aus konservativer ÖVP und Grünen wird voraussichtlich keine Mehrheit erreichen.

Die bevorstehenden britischen Wahlen, voraussichtlich im Herbst 2024, könnten die konservative Mehrheit um Rishi Sunak zu Gunsten von der Labour-Partei unter Keir Starmer kippen. Dies würde eine 13-jährige Tory-Regierung beenden und an den Erfolg Tony Blairs im Jahr 1997 erinnern. Labour führt in Umfragen und hat sogar in Schottland die SNP überholt, was eine absolute Mehrheit möglich macht. Ein Labour-Sieg würde interne Konflikte und eine Rechtsverschiebung bei den Konservativen auslösen.

Amerika

Nayib Bukele ist als Präsident von El Salvador im Februar wiedergewählt worden. Der selbsternannte „coolste Diktator der Welt“ ist für seine Härte und seinen autoritären Kurs bekannt. In Venezuela plant die Opposition, den amtierenden Präsidenten Nicolas Maduro durch die rechtskonservative Kandidatin Marina Corina Machado abzuwählen, nachdem international überwachte Wahlen für 2024 vereinbart wurden. In Uruguay strebt die linksgerichtete Frente Amplio nach einer Periode der Rechtsregierung die Rückkehr an die Macht an.

- 10. April Parlamentswahl in Südkorea
- 17. April Parlamentswahl in Kroatien
- Ab 19. April Parlamentswahl in Indien für ca. sechs Wochen
- 5. Mai Parlamentswahl in Panama
- 8. Mai Parlamentswahl in Nordmazedonien
- 12. Mai Präsidentschaftswahl in Litauen
- 19. Mai Parlamentswahl in der Dom. Republik
- 29. Mai Parlamentswahl in Südafrika
- 1. Juni Präsidentschaftswahl in Island
- 2. Juni Parlamentswahl in Mexiko
- 6. Juni bis 9. Juni Parlamentswahl Europäische Union
- 9. Juni Parlamentswahl in Belgien
- 22. Juni Präsidentschaftswahl in Mauretanien
- 28. Juni Parlamentswahl in der Mongolei
- 15. Juli Parlamentswahl in Ruanda
- 1. September Landtagswahl in Sachsen
- 1. September Landtagswahl in Thüringen
- 7. September Präsidentschaftswahl in Algerien
- 22. September Landtagswahl in Brandenburg
- 22. September Präsidentschaftswahl in Kroatien
- 6. Oktober Parlamentswahl in Litauen
- 9. Oktober Parlamentswahl in Mosambik
- 26. Oktober Parlamentswahl in Georgien
- 27. Oktober Parlamentswahl in Uruguay
- 5. November Wahlen in den Vereinigten Staaten
- 12. November Parlamentswahl in Palau
- 27. November Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl in Namibia
- 30. November Parlamentswahl auf Mauritius

Wahlen ohne genauen Termin

- April Präsidentschaftswahl und Parlamentswahl in Peru
- April Parlamentswahl auf den Salomonen
- Frühjahr: Präsidentschaftswahl in der Ukraine ggf. zu späterem Zeitpunkt, sollte noch Kriegsrecht gelten
- Herbst: Präsidentschaftswahl in der Republik Moldau
- Winter: Präsidentschaftswahl in Georgien
- Dezember Parlamentswahl in Rumänien
- Dezember Parlamentswahl in San Marino
- Herbst 2024 (spätestens Januar 2025): Parlamentswahl Vereinigtes Königreich
- Parlamentswahl in Togo (ursprünglich für 2023 geplant, verschoben)
- Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl in Ghana
- Parlamentswahl in Botswana
- Präsidentschaftswahl in Tunesien
- Präsidentschaftswahl in Venezuela
- Präsidentschaftswahl und Parlamentswahl in Sri Lanka
- Parlamentswahl in Südsudan